

# NEBELSPALTER

## Klimagerechtigkeit: Was kann das sein?



Margit Osterloh

24. Januar 2023, 09:22



Zusammenstöße zwischen Klimademonstranten und Polizisten im deutschen Lützerath, 14. Januar 2023. Bild: Keystone

Ludwig Erhard, Vater der sozialen Marktwirtschaft, stellte einst fest, dass mit keinem Begriff mehr Missbrauch getrieben wird als mit dem der Gerechtigkeit. Derzeit fordern Klima-Aktivisten der «letzten Generation» unter dem Begriff der Klimagerechtigkeit das Recht ein, die Rechte anderer Bürger massiv zu beeinträchtigen. Klima-Kleber reklamieren einen aussergesetzlichen Notstand, der die Gefährdung anderer Menschen in Kauf nimmt.

Um zu beurteilen, ob es sich dabei um einen weiteren Missbrauch handelt, ist eine Begriffsklärung nützlich. Dabei soll es hier nicht um

normative Gerechtigkeitskonzepte gehen, wie sie über Jahrtausende von Philosophen erörtert wurden. Vielmehr geht es darum, was Bürger heute empirisch als gerecht ansehen.

Prominent ist das Konzept der *Leistungsgerechtigkeit* – wer viel leistet, soll viel bekommen. Es gilt üblicherweise in entfernten sozialen Beziehungen, etwa auf anonymen Märkten. Allerdings ist die Messung von Leistung alles andere als einfach und keineswegs nur am Erfolg abzulesen. Glück, Zufall, Herkunft, Matthäus-Effekte («Wer hat, dem wird gegeben»), bewusste oder unbewusste Diskriminierung spielen eine überragende Rolle.

## **Klima-Aktivisten lehnen Leistungsgerechtigkeit ab**

Deshalb ist der Begriff der Leistungsgerechtigkeit unter Beschuss geraten. Uneingeschränkt wird er fast nur noch im Sport akzeptiert, sieht man einmal davon ab, dass es sich hier nicht zuletzt auch um eine Leistungsschau der Doping-Industrie handelt. Klima-Aktivisten halten von Leistungsgerechtigkeit so wenig wie von der Marktwirtschaft. Diese wird allenfalls akzeptiert, wenn sie – so der deutsche Wirtschafts- und Klima-Minister Robert Habeck – in die «richtige Richtung» läuft – welche die Grünen besser zu kennen glauben als der Rest der Bevölkerung.

Weitaus prominenter als die Leistungsgerechtigkeit ist das Konzept der *Gleichheit*. In früheren Zeiten wurde dieses Konzept vor allem in engeren Sozialbeziehungen – zum Beispiel in Teams oder unter Geschwistern – als gerecht angesehen. Heute ist Gleichheit bzw. Ungleichheit eines der wichtigsten politischen Themen. Empirisch gesehen hat zwar die Einkommens-Ungleichheit zwischen den Ländern abgenommen, innerhalb der meisten Länder (mit Ausnahme der Schweiz) aber zugenommen.

Wie die Ungleichheitsforscher Hauser und Norton feststellen<sup>1</sup>, ist die Wahrnehmung der Ungleichheit in den meisten Ländern allerdings anders als die tatsächliche Ungleichheit: In den USA – einem der in der

westlichen Welt ungleichsten Länder – wird die Einkommens-Ungleichheit weit unterschätzt, ähnlich wie im Vereinigten Königreich. Im weitaus gleicheren Deutschland wird die Einkommens-Ungleichheit hingegen weit überschätzt.

### **Bedarfs-Gerechtigkeit wird zunehmend akzeptiert**

Wie ist diese Differenz zu erklären? Soziologen machen dafür das sogenannte Tocqueville-Paradoxon verantwortlich (nach dem französischen Historiker Alexis de Tocqueville). Danach erhöht sich mit dem Abbau von Ungleichheit die Sensibilität gegenüber verbleibender Ungleichheit. Die Klima-Aktivisten – vorzugsweise dem gehobenen Bürgertum entstammend – scheinen vom Tocqueville-Paradoxon besonders befallen zu sein. Dennoch wollen sie uns alle damit beglücken.

### **Leistungsgerechtigkeit führt notwendig zu Ungleichheit und zur Verletzung der Bedarfs-Gerechtigkeit.**

Schliesslich gibt es noch das Konzept der *Bedarfs-Gerechtigkeit* – jeder nach seinen Bedürfnissen. Es galt früher fast ausschliesslich im engsten sozialen Raum, etwa zwischen Eltern und Kindern. Heute wird es zunehmend als sozialstaatliches Prinzip akzeptiert, zum Beispiel wenn staatliches Wohngeld nach Anzahl der in einem Haushalt lebenden Personen ausgerichtet wird.

Die drei genannten Formen der Gerechtigkeit sind keineswegs widerspruchsfrei: Leistungsgerechtigkeit führt notwendig zu Ungleichheit und zur Verletzung der Bedarfs-Gerechtigkeit. Entsprechend hoch ist die Uneinigkeit im politischen Links-Rechts-Spektrum darüber, wann welches Konzept gelten soll.

## **Ein ungerecht empfundenenes Ergebnis kann als gerecht angesehen werden**

In demokratischen Ländern galt allerdings bisher, dass die Konflikte über die drei Formen der *Verteilungs-Gerechtigkeit* gelöst werden durch eine weitere Form der Gerechtigkeit, der *prozeduralen Gerechtigkeit*. Diese wurde von Ökonomen bisher wenig beachtet. Sie gilt als gewährleistet, wenn die angewendeten Verfahren als gerecht empfunden werden.

Gemäss der empirischen Forschung zur prozeduralen Gerechtigkeit (das Standardwerk hierzu stammt von Lind & Tyler 1988)<sup>2</sup> ist das der Fall, wenn die Prozeduren unparteilich, partizipativ, korrigierbar und konsistent – mit anderen Worten demokratisch legitimiert – sind.

Entscheidend ist gemäss dieser Forschung: Ist die prozedurale Gerechtigkeit gewährleistet, dann wird auch ein als ungerecht empfundenenes Ergebnis eher als gerecht angesehen – gleichgültig ob, es akzeptierten Kriterien der Verteilungsgerechtigkeit (Leistungs-Gerechtigkeit, Gleichheit oder Bedarfs-Gerechtigkeit) entspricht.

Die Klima-Aktivisten mögen andere Konzepte der Verteilungs-Gerechtigkeit vertreten als die Mehrheit der Bevölkerung – zumal diese auch noch in verschiedenen Ländern und zu unterschiedlichen Zeiten unterschiedliche Akzeptanz finden. Die Auseinandersetzung darüber muss demokratisch ausgetragen werden. Was nicht geht: Die Verletzung der Grundsätze prozeduraler Gerechtigkeit. Demokratische Prozeduren dürfen durch Klima-Kleber nicht ausgehebelt werden. Auch dann nicht, wenn nach ihrer Sicht die Welt durch die Klimaerwärmung morgen zugrunde geht.

**1: Oliver P. Hauser & Michal I. Norton (2017). (Mis)perceptions of inequality. In : Current Opinion in Psychology.**

**2: Allan E. Lind & Tom. R. Tyler (1988). The Social Psychology of Procedural Justice. New York.**